

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 12.12.2023, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Felix Anders
Sigrid Augst-Hedderich
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Marianne Bornewasser
Beate Bötte
Ursula Brand
Saskia Burgmann ab 16:04 Uhr
Dietmar Busch
Sebastian Dickoph
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Volker Ebbinghaus
Sandro Feuerpeil
Jürgen Fischer
Hans Wilhelm Golombek
Majid Haberkorn
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Tobias Jeschke
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Rafael Krauskopf
Florian Langfeld
Thomas Lorenz
Malik Nasir Mahmood
Nils Paas bis 17:38 Uhr (TOP 4)
Elisabeth Pech-Büttner
Petra Pfeiffer
Annette Pizzato
Simon Sagik
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Annette Verhees
Antje von der Mühlen
Dejan Vujinovic
Jörg Weber

Burkhard Wigge
Monika Zierden

von der Verwaltung

Björn Borg
Ulrich Dippel
Jörn Ferner
Jürgen Funke
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein
Daniel Rupp
Flora Treiber
Simon Woywod

Schriftführerin

Marie Hoffmann

Gäste

Ronald Britschock	zu TOP 4
Kolja Burggräf	Firma assmann gruppe
Michael Drost	zu TOP 4
Hans Peter Fischer	zu TOP 4
Christiane Frankenbach	zu TOP 4
Renate Greif	zu TOP 4
Martina Röttger	zu TOP 4

es fehlt:

Ratsmitglieder

Dennis Jaroschek
Dustin Kempf
Sabine Plasberg-Keidel
Nicolai Rüggeberg
Annegret Scholl

Gäste

Heike Alberts
Jörg Becker
Monika Bisterfeld
Sabine Danowski
Anastasia Dinh
Werner Grimm
Mario Hans
Norbert Hengstwerth
Reiner Holl
Stephan Krieger
Sven Leckebusch
Sibylle Lorenz
Julia Müller
Toni Müller
Sandra Pahl
Ludger Sändker
Christian Schoppe

Marie-Christine Schröder
 Leon Stank
 Karim Stark
 Nahed Stark
 Monika Thomalla
 Roswitha Winterhagen
 Eberhard Wolff

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024 IV/0213/2023
4. Sachstand Bildungszentrum Elberfelder Straße
5. Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber (Antrag der AfD-Fraktion vom 12.10.2023) AN/0139/2023/1
- 5.1. Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber (Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2023) AN/0140/2023
6. Sicherheitsprogramm (Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2023) AN/0143/2023
7. 51. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaik-Freiflächenanlage "Bereich Grüne" hier: Bericht über die frühzeitige Unterrichtung gem. § 3 (1) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB sowie über die Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen gem. Abwägungstabelle BV/0459/2023/1
8. 51. Änderung des Flächennutzungsplanes -Photovoltaik-Freiflächenanlage "Bereich Grüne" – hier: Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB sowie über die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden eingegangenen Stellungnahmen gem. Abwägungstabelle BV/0482/2023/1
9. 51. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaik-Freiflächenanlage "Bereich Grüne – hier: Feststellungsbeschluss BV/0483/2023

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 10. | Integriertes Handlungskonzept Innenstadt II | BV/0484/2023 |
| 11. | Nachtrag zum Stellenplan 2023 - Einrichtung einer Stelle | BV/0485/2023 |
| 12. | Kündigung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Brandverhütungsschauen durch den Oberbergischen Kreis | BV/0637/2018/1 |
| 13. | PV-Anlage Sekundarschule, Hermannstraße 26 | BV/0486/2023 |
| 14. | Mitteilung über überplan- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionsauszahlungen | IV/0229/2023 |
| 15. | Offenlegung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mandatsträger | IV/0231/2023 |
| 16. | Sachstandsbericht Asyl | |
| 17. | Auflösung des Sparkassenzweckverbandes Radevormwald-Hückeswagen | BV/0487/2023 |
| 18. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | |
| 19. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16:00 Uhr die Ratssitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Auf die Abfrage der Befangenheit erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Herr Schäfer bittet den Tagesordnungspunkt 5 und Tagesordnungspunkt 5.1 in der Reihenfolge zu tauschen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Mans lässt über folgenden Beschluss abstimmen: Der Rat der Stadt bestellt Frau Marie Hoffmann als stellvertretene Schriftführerin gem. § 52 Abs. 1 S. 2 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW).

Diesem Beschluss wird einstimmig zugestimmt.

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters

Herr Mans hält eine Rede, in welcher er sich zur Flüchtlingssituation der Stadt Radevormwald äußert. Aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen kommt die Stadt Radevormwald an ihre Belastungsgrenze. Flüchtlinge können nur noch aufgrund von Anmietung privater Wohnräume untergebracht werden. Weitere Zuweisungen möchte Herr Mans nicht protestlos zustimmen.

Es entsteht eine Kollision zwischen der menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge und der Belastungsgrenze in Form von haupt- und ehrenamtlichen Einsatzes der Kommune.

Herr Mans betont, dass er sich von der Bundes- bzw. Landesebene klare Vorschriften wünscht, welche in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Kommune angepasst sind und diese zum Wohle der Bevölkerung umzusetzen sind.

2. Einwohnerfragestunde

Die im Vorfeld eingereichte Einwohneranfrage wird von Herrn Mans beantwortet.

Herr Mans erläutert, dass es sich auch bei der AfD-Fraktion um eine demokratisch gewählte Partei handelt, die aus diesem Grund genauso behandelt wird, wie die anderen im Rat vertretenden Parteien. Aus diesem Grund stellt die Stadt Radevormwald auch der AfD-Fraktion städtische Räume zur Verfügung, so dass keine Ungleichbehandlung zwischen den Parteien entsteht.

Hierzu wird die Nachfrage gestellt, ob die Stadt Radevormwald die Raumnutzung durch die AfD-Fraktion in Zukunft versagen wird. Dies wird von Herrn Mans verneint.

3. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024 IV/0213/2023

Herr Woywod hält die Haushaltsrede. Mit dieser wird der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 eingebracht. Im Ergebnis rechnet die Stadt Radevormwald im Jahr 2024 mit einem Fehlbetrag in Höhe von ca. 8,2 Mio. Euro und somit mit einem nicht ausgeglichenen Haushalt.

Herr Woywod betont, dass die Stadt Radevormwald aufgrund dieses Ergebnisses jedoch nicht in ein Haushaltssicherungskonzept fällt, denn für den Fehlbetrag kann die hohe Ausgleichsrücklage aus dem vergangenen Jahr in Anspruch genommen werden.

Zusätzlich betont Herr Woywod, dass keine Steuererhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer B für die Jahre 2024 und 2025 geplant ist. Erst im Jahr 2026 ist ein leichter Anstieg der Prozentpunkte der Grundsteuer B vorgesehen.

Der Haushaltsplan 2024 wird in Session und auf der städtischen Homepage der Öffentlichkeit bereitgestellt.

Herr Woywod macht in diesem Rahmen auf die anstehende Haushaltstagung am 09.01.2024 aufmerksam und bittet die Fraktionen, dass etwaige Fragen der Fraktionen bereits im Vorfeld an die Verwaltung übersandt werden.

4. Sachstand Bildungszentrum Elberfelder Straße

Herr Mans begrüßt Herrn Burggräf der Fa. assmann gruppe, welcher im Verlauf des Tagesordnungspunktes anhand einer Präsentation die ersten Entwürfe zum Bildungszentrum vorstellt.

Herr Ferner stellt anhand einer Präsentation die Ermittlung der notwendigen Größen der Kindertagesstätte, der Grundschule sowie der Schulsporthalle vor. Als Fazit favorisiert die Verwaltung eine fünfgruppige Kindertagesstätte, eine zweizügige Grundschule sowie eine Einfachsporthalle für den Schulsport. Herr Ferner macht deutlich, dass die Entwicklung der Geburtenzahlen, Zuzüge durch Errichtung von Neubaugebieten und Flüchtlingszahlen zu beobachten sind und in der weiteren Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden müssen.

Herr Burggräf stellt sich und das Unternehmen assmann gruppe einleitend kurz vor. Im Weiteren stellt Herr Burggräf anhand der Präsentation das Raumprogramm, die Qualitäts- und Ausstattungsstandards, das Planungskonzept, den Kostenrahmen sowie den weiteren Terminverlauf vor.

Zur Raumplanung gibt es zwei Varianten. Die erste Variante mit einer Größe von 6.618 m² umfasst den Vorschlag der Verwaltung mit einer fünfgruppigen Kindertagesstätte, einer zweizügigen Grundschule sowie einer einfachen Schulsporthalle. Die Kosten belaufen sich zum jetzigen Stand für diese Variante auf ca. 28.000.000 Euro.

Die zweite Variante mit einer Größe von 9.005 m² umfasst eine fünfgruppige Kindertagesstätte, eine dreizügige Grundschule sowie eine zweifache Schulsporthalle. Hier würden Kosten zum jetzigen Stand in Höhe von ca. 36.890.000 Euro entstehen.

Herr Burggräf weist darauf hin, dass mit einer Baukostensteigerung von 10 % bis zum tatsächlichen Baubeginn ausgegangen wird.

Frau Ebbinghaus erfragt, ob in der Planung Maßnahmen für eine inklusive Schule berücksichtigt wurden. Herr Burggräf erklärt, dass die Schule barrierefrei errichtet wird, Aufzüge installiert sowie extra Räume eingeplant werden.

Auf Nachfrage von Herrn Lorenz erläutert Herr Woywod, dass das geplante Finanzierungsmodell durchgeführt wird. Das bedeutet, dass die Stadt Radevormwald den Schulkomplex errichtet. Sofern das Gebäudemanagement ein Eigenbetrieb wird, kann die Schulpauschale verrechnet werden.

Herr Lorenz kritisiert, dass die Schule lediglich über eine Stichstraße zu erreichen ist und damit voraussichtlich wie bei anderen Schulen mit Stau zu rechnen ist, wenn die Eltern ihre Kinder zu Schule bringen. Herr Burggräf sichert zu, diesen Punkt in der Planung zu berücksichtigen und erklärt, dass aufgrund der Lage des Grundstücks und die Erschließung des Wohngebiets die Stichstraße bestehen bleiben muss.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus stellt Herr Burggräf klar, dass eine Inflationsanpassung in der Kostenschätzung bereits mit einberechnet wurde.

Herr Ebbinghaus möchte zusätzlich wissen, mit welchem Pflegeaufwand die Kommune rechnen muss, sofern eine Holzfassade errichtet wird. Herr Burggräf bestätigt, dass je nach verwendetem Holz ein Pflegeaufwand für die Stadt entsteht. Herr Burggräf gibt ebenfalls zu bedenken, dass jedoch auch bei anderen Fassadenarten (Putz- oder Metallfassaden) ein Pflegeaufwand entstehen würde. Das einzubauende Material wird im weiteren Planungsprozess mit der Verwaltung abgestimmt.

Herr Ebbinghaus erfragt, welche Erfahrungen die Firma bereits mit verschiedenen Bauarten (serielles Bauen, Betonfertigverfahren oder auch 3D-Druck) hat. Herr Burggräf informiert, dass keine Erfahrungen mit 3D-Druck bestehen, die Firma bereits Erfahrung mit seriellem Bauen in Form der Modellbauweise hat.

Herr Vujinovic möchte wissen, welche Vor- und Nachteile bei einer Vergabe an ein Generalunternehmen bestehen. Herr Burggräf gibt an, dass die Frage pauschal nicht beantwortet werden kann, da es von der Projektkomplexität abhängig ist.

Herr Bornewasser erkundigt sich, aus welchem Grund die Kosten der jetzt geplanten Außenanlage im Vergleich zur Außenanlage in der Machbarkeitsstudie gestiegen sind. Herr Burggräf erläutert, dass die Machbarkeitsstudie ohne ein konkretes Grundstück erstellt wurde. Das jetzige Grundstück ist größer und muss von der Topografie entsprechend für den Bau verändert werden. Somit wird ebenfalls ein leichter Zugang für Menschen mit Behinderung erreicht.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus bezüglich des Raumkonzeptes informiert Herr Burggräf, dass im Rahmen des Offenen Ganztags weitere Räume für eine bessere Betreuung eingeplant sind.

Die Frage von Herrn Schäfer zur Möglichkeit der Aufstellung von Schulcontainern, sofern mehr Räume notwendig werden, wird von Herrn Burggräf positiv beantwortet. Auf der Fläche gibt es die Möglichkeit zweigeschossige Schulcontainer aufzustellen.

5. Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber (Antrag der AfD-Fraktion vom 12.10.2023) AN/0139/2023/1

Der Antrag der AfD-Fraktion wird seitens der Ratsmitglieder diskutiert. Tenor der Diskussion ist, dass eine Entscheidung nicht auf kommunaler Ebene getroffen werden kann, sondern diese Maßnahme auf Landes bzw. Bundesebene allgemeingültig entschieden werden muss. Es wurde bereits eine Stellungnahme durch den Städte- und Gemeindebund eingereicht.

Herr Schäfer betont, dass eine Umwandlung von Geld- in Sachleistungen gesetzlich möglich ist und damit ein Zeichen gesetzt werden kann, dass auch die Stadt Radevormwald ihre Leistungsgrenze erreicht hat.

Herr Mans lässt im Anschluss an die Diskussion über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 05 Ja-Stimmen (3 FDP, 2 AfD)
38 Nein-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 Bündnis 90/ die Grünen, 4 UWG,
2 RUA, 2 AL, 1 BM)

5.1. Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber (Antrag der FDP-Fraktion vom 25.10.2023) AN/0140/2023

Dieser Antrag ist als Ergänzungsantrag zu dem Tagesordnungspunkt 5 in die Tagesordnung aufgenommen worden. Aufgrund der Ablehnung des Antrags der AfD-Fraktion wurde über diesen Ergänzungsantrag weder diskutiert noch abgestimmt.

6. Sicherheitsprogramm (Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2023) AN/0143/2023

Herr Vujinovic erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Herr Mans betont, dass die Verwaltung aufgrund der vergangenen Ereignisse sowie der daraus resultierenden Verunsicherung der Bürger bereits eine dritte Stelle im kommunalen Ordnungsdienst (KOD) besetzt hat. Zusätzlich steht die Stadt Radevormwald in einem intensiven Austausch mit der Polizei und der Justiz.

Herr Ferner führt aus, dass am 09.11.2023 ein Präventionsrunde stattfand, an der u.a. der Bürgermeister, VertreterInnen des Amtes für Jugend, Schulen, Kultur und Sport, des Ordnungsamtes, der Polizei und des Amtsgerichtes Wipperfürth (Jugendstrafverfahren), teilgenommen haben. Dort wurde vereinbart, dass sich die verschiedenen Institutionen regelmäßig treffen werden, um bestehende Netzwerke weiter auszubauen, die Zusammenarbeit zu intensivieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um insbesondere der Jugendkriminalität vorzubeugen. Der Ansatz besteht darin, dass so früh wie möglich aufgeklärt und begleitet werden soll, da bei bereits straffällig gewordenen Personen die Hilfe oft zu spät einsetzt. Hierzu soll auch die Ausrichtung der Jugendförderung, unter Einbeziehung von ehrenamtlichen Kräften, weiter an die Bedarfe angepasst werden. Der nächste Termin findet am 20.12.2023 unter Beteiligung der Kreispolizeibehörde OBK, Kriminalprävention und Opferschutz, statt.

Herr Rupp erklärt, dass durch die dritte besetzte Stelle im KOD mehr Außendienst-Einsätze möglich sind. Das Ordnungsamt steht im engen Austausch mit der Polizei, so dass auch regelmäßig gemeinsame Streifen mit Polizei und städtischem KOD erfolgen. Hierbei werden auch die „Angsträume“ intensiv kontrolliert. Ebenfalls besteht eine gegenseitige Unterstützung der Kommunalen Ordnungsdienste zwischen Hückeswagen und Radevormwald und auch bei Veranstaltungen unterstützen sich die Nachbarstädte regelmäßig.

Herr Hoffmann betont, dass eine Polizeipräsenz in Radevormwald notwendig ist. Die Ereignisse z.B. der Diebstahl eines Tresores in der III. Uelfe vermehren sich. Ebenso stellt Herr Hoffmann klar, dass die Mitarbeiter des KOD nicht die gleichen Befugnisse wie die Polizei haben, so dass für ihn eine Polizeipräsenz unabdingbar ist.

Herr Mans informiert, dass er sich während seiner Amtszeit für eine örtlich stationierte Polizei eingesetzt hat. Auch wenn die Kriminalstatistik in der Stadt Radevormwald im Normbereich liegt, würde eine besetzte Polizeiwache im Stadtgebiet für Beruhigung in der Bevölkerung dienen.

Die Mitglieder des Rates einigen sich darauf, dass der Tagesordnungspunkt im Detail im nächsten Haupt- und Finanzausschuss besprochen und danach in den Fachausschüssen diskutiert werden sollen, mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept für die Sicherheit in Radevormwald zu erstellen.

**7. 51. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaik- BV/0459/2023/1
Freiflächenanlage "Bereich Grüne" hier: Bericht über die
frühzeitige Unterrichtung gem. § 3 (1) BauGB sowie die
Einholung der Stellungnahmen der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1)
BauGB sowie über die Abstimmung mit den
benachbarten Gemeinden gem. § 2 (2) BauGB;
Abwägung und Beschluss über die eingegangenen
Stellungnahmen gem. Abwägungstabelle**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung (Anlage) beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **51.Änderung des Flächennutzungsplanes -Photovoltaik-Freiflächenanlage "Bereich Grüne" – hier: Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB sowie über die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden eingegangenen Stellungnahmen gem. Abwägungstabelle** **BV/0482/2023/1**
-

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Klein, dass die Stellungnahme vom Landesbetrieb Straßenbau erst nach der Einladungsfrist eingegangen ist. Diese wurde entsprechend in der Vorlage ergänzt. Die Stellungnahme hat jedoch keinen Einfluss auf die Änderung des Flächennutzungsplanes, sondern ist erst im Aufstellungsverfahren des Bebauungsplans relevant.

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung (Anlage 1) beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **51. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaik-Freiflächenanlage "Bereich Grüne – hier: Feststellungsbeschluss** **BV/0483/2023**
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Die Feststellung der 51. Änderung des Flächennutzungsplanes – Photovoltaik-Freiflächenanlage „Bereich Grüne“ – wird beschlossen und deren Begründung einschließlich Umweltbericht gebilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **Integriertes Handlungskonzept Innenstadt II** **BV/0484/2023**
-

Herr Ebbinghaus informiert, dass die AL-Fraktion diesem Beschluss nicht zustimmen wird. Die AL-Fraktion ist der Ansicht, dass in diesem Rahmen Maßnahmen aus 2017 weitergeführt werden, deren Notwendigkeit zum aktuellen Zeitpunkt nicht erneut geprüft wurde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung des (modifizierten) Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt II auf der Grundlage der vorliegenden Kosten- und Finanzierungsübersicht und stimmt der Antragstellung zum Städtebauförderprogramm 2024 zu.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (14 CDU, 9 SPD, 5 Bündnis 90/ Die Grünen, 4 UWG, 3 FDP, 2 AfD, 2 RUA, 1 BM)
02 Nein-Stimmen (2 AL)
01 Enthaltungen (1 CDU)

11. Nachtrag zum Stellenplan 2023 - Einrichtung einer Stelle BV/0485/2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Die dargestellte Änderung des Stellenplans wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 Bündnis 90/ Die Grünen, 4 UWG, 3 FDP, 2 AfD, 2 AL, 1 BM)
02 Nein-Stimmen (2 RUA)
Enthaltungen

12. Kündigung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Brandverhütungsschauen durch den Oberbergischen Kreis BV/0637/2018/1

Herr Hoffmann bittet darum, wenn möglich, Mitarbeitenden aus der freiwilligen Feuerwehr in Radevormwald die Bewerbung zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Herrn Wigge wird durch Herrn Mans erläutert, dass 0,5 Stellenanteile durch die Gebühren kostenneutral refinanziert wird und die weiteren 0,5 Stellenanteile zusätzlich finanziert werden müssen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung von Brandverhütungsschauen zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Stadt Radevormwald zu kündigen,
- die für die Übernahme der Aufgabe erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. PV-Anlage Sekundarschule, Hermannstraße 26 BV/0486/2023

Herr Ebbinghaus erfragt, zu welchem Zeitpunkt mit der Fertigstellung des Gesamtkonzepts bezüglich der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden gerechnet werden kann.

Herr Mans führt aus, dass aufgrund der aktuellen Personalsituation im Gebäudemanagement die Erarbeitung des Konzeptes zeitlich verschoben wurde. Ab dem 01.01.2024 gibt es eine neue Amtsleitung im Gebäudemanagement, so dass die Erstellung des Konzeptes zeitnah erfolgen kann.

Herr Mans lässt über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Investitionsprojekt PV Anlage Sekundarschule Hermannstr. 26 (5.200002.700.301) in den Haushaltsplan 2024 ff. aufzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt im Januar 2024 zu starten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Mitteilung über überplan- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionsauszahlungen IV/0229/2023

Frau Ebbinghaus möchte wissen, wie der überplanmäßige Mehraufwand zu Nr. 6 Verkehrssicherungspflicht entsteht. Herr Klein informiert, dass vor allem auch durch die bereits erfolgten Fällarbeiten zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit weitere Bäume gefällt werden müssen. Dies erfolgt in ständiger Zusammenarbeit und Rücksprache mit dem Förster. Es handelt sich bei diesen Grundstücken ausschließlich um städtische Grundstücke.

Herr Hoffmann erkundigt sich nach dem Mehraufwand für „Neugestaltung WC Oststr.“. Herr Borg führt aus, dass es sich hierbei um die Beseitigung der Schäden des Vandalismus handelt und mit keinen weiteren Kosten gerechnet wird.

15. Offenlegung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mandatsträger IV/0231/2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

16. Sachstandsbericht Asyl

Herr Mans informiert über den aktuellen Sachstand Asyl.

Ukraine

Seit der letzten Ratssitzung sind 15 Personen aus der Ukraine nach Radevormwald gekommen.

Derzeit sind 260 Ukrainer in Radevormwald wohnhaft, 19 davon werden vom Sozialamt betreut.

Asylbewerber

Seit der letzten Ratssitzung wurden 52 Personen Radevormwald zugewiesen. 143 Asylbewerber werden vom Sozialamt betreut.

Unterbringung

In der Asylbewerberunterkunft in der Neustr./Blumenstr. sind 126 Personen untergebracht, davon 22 Personen mit Aufenthaltstitel und 2 obdachlose Personen.

In den Höfen 3 sind 32 Personen untergebracht, eine davon mit Aufenthaltstitel.

In der Hermannstr. 21 sind 13 Asylbewerber untergebracht.

Am Gaswerk 7 sind 12 Personen untergebracht, 9 davon mit Aufenthaltstitel.

In der privaten Wohnung in der Kreuzstr. 4 sind 4 Personen untergebracht, drei davon mit Aufenthaltstitel.

In der privat angemieteten Wohnung in der Dietrich-Bonhoeffer-Str. 10 sind 2 Personen wohnhaft.

Herr Mans macht deutlich, dass die Stadt Radevormwald aufgrund dieser hohen Zahlen und der damit einhergehenden Anmietung privater Wohnräume an ihre Grenzen kommt.

**17. Auflösung des Sparkassenzweckverbandes
Radevormwald-Hückeswagen****BV/0487/2023**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Auflösung des Sparkassenzweckverbandes zuzustimmen. Die Vertreter der Stadt Radevormwald in der Verbandsversammlung des Sparkassenverbandes sind an diese Beschlussfassung gebunden und werden angewiesen,

für die Auflösung des Zweckverbandes „Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen“ zu votieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Herr Schlüter gibt bekannt, dass eine Umsetzung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie (ASGSID) erfolgt. Für Frau Brigitte Kaschube wird Herr Sascha Schier Sachkundiger Bürger.

Beschluss:

Die Umsetzung wird vorbehaltlich der Prüfung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Mitteilungen und Fragen

Der bergische Geschichtsverein informiert, dass ein Buch über die Stadt Radevormwald durch die Sparkassenstiftung Radevormwald- Hückeswagen am heutigen Tage erschienen ist, welches kostenpflichtig erworben werden kann.

Herr Vujinovic erfragt, ob es möglich ist, die Protokolle des Jugendbeirats in Session einzupflegen. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht.

Frau Ebbinghaus kritisiert, dass wenig Initiative durch die Parteien bei der Veranstaltung „gegen Rechts“ erfolgte und bittet darum, dass der Rat über solche politischen Termine informiert wird.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt die Verwaltung, dass die Auftragsvergabe an die Firma assmann gruppe erst im August/ September 2023 erfolgte.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:58 Uhr

Johannes Mans
Vorsitzender

Marie Hoffmann
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlagen:

- Präsentation „Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2024“ (TOP 3)
- Präsentation „Bildungszentrum Elberfelder Straße“ (TOP 4)
- Präsentation „Bildungszentrum Elberfelder Straße“ der Fa. assmann gruppe (TOP 4)